

**Niederschrift
über die Sitzung der Gemeindevertretung Treplin**

Sitzungstermin: Montag, den 15.12.2025

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr

Sitzungsort: Amtsscheune Treplin, Lindenstraße 9 a, 15236 Treplin -
Präsenz-

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Sabine Rosslau

Gemeindevertreter

Herr Peter Busse

Herr Dako Kaap

Herr Mike Lipke

Herr Steffen Rosslau

Herr Ingo Schrei

Amtsverwaltung

Frau Viepke Lorenz

Frau Kathrin Schönfeld

Schriftführung

Frau Liane Boggasch

Nicht anwesend:

Gemeindevertreter

Herr Sebastian Andreas Malhofer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.11.2025
4. Einwohneranfragen
5. Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung
6. Beratung zum Haushalt 2026
7. Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

8. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 03.11.2025
9. Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung
10. Beratung zu Vertrags- und Grundstücksangelegenheiten
11. Sonstiges

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist angenommen.

3. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.11.2025

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese angenommen.

4. Einwohneranfragen

Keine Einwohneranfragen.

5. Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung

Beratung zum Haushalt

Herr Kaap bittet darum, dass die Haushaltsunterlagen künftig früher versendet werden sollten. Frau Rosslau teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt zum Haushalt eigentlich nicht vorgesehen war, sie jedoch um eine Beratung gebeten habe.

Frau Schönfeld erläuterte, dass die Erfassung der Daten durch Frau Lorenz übernommen wurde, sie aber im Vorfeld wegen Krankheit ausgefallen sei.

Ausgleichsmaßnahmen

Zu dem Thema "Sachstand UKA-Ausgleichsmaßnahmen" fragt Herr Kaap nach, wann mit den entsprechenden Maßnahmen begonnen wird und welche konkret umgesetzt werden. Frau Rosslau informiert, dass die Flächen Gemarkung Treplin , Flur 2 Flurstücke 12 und 307 mit aufgenommen. Herr Rosslau merkt an, dass vorab die künftige Pflege der Bäume im Mühlenweg geklärt werden müsse. Weiterhin wird das Fachamt um Auskunft gebeten, wie lange die UKA die Flächen pflegt und wer die Pflege danach übernimmt.

Ausbau B5

Herr Kaap fragt, ob sich Herr Heintz bezüglich des Treffens mit dem Landesbetrieb zum Thema Ausbau der B5 geäußert habe. Frau Rosslau teilt mit, dass die Baufirma angezeigt habe, die Bauzeit um ein Jahr zu verkürzen. Eine weitere Besprechung ist für Januar geplant, dann soll auch der genaue Stand des Projekts erörtert werden. Der Baubeginn ist für Ende Februar vorgesehen, zuvor soll eine Bürgerversammlung stattfinden. Die Gemeindevertreter sollten sich nochmals zusammentreffen, um sich von Frau Petzold auf den aktuellen Stand bringen zu lassen.

Mühlenweg

Bezüglich des Mühlenweges teilt Herr Rosslau mit, dass die Maßnahme bereits abgeschlossen wurde. Es wurde Recyclingmaterial verwendet. Die GeDo hatte die Maßnahme ursprünglich übernehmen wollen, doch bisher ist nichts passiert.

Bei einer Kontrolle durch das Amt wurde festgestellt, dass der Weg aufgrund von Problemen mit den Rettungs- und Fluchtwegen nicht mehr als zumutbar gilt. Diese Problematik wurde in der Beratung der Bürgermeister angesprochen, und es wurde darauf hingewiesen, dass auch die Gemeinde Zeschdorf den Weg ertüchtigen müsse. Für Treplin sei dies bereits erledigt, aber Zeschdorf müsse nachziehen. Die Gemeinde Zeschdorf muss gebeten werden, die Strecke von der Mühle bis zum Bärenfang zu ertüchtigen und die Rettungs- und Fluchtwege zu gewährleisten.

Die Gemeindevertreter bitten darum, dass zukünftige Straßenmaßnahmen im Vorfeld mit der Gemeinde besprochen werden, damit diese darüber beraten können.

Feuerwehr

Herr Lipke berichtet, dass die Verhandlungen mit dem Amt zum Unkostenbeitrag für die Räumlichkeiten der Feuerwehr in der Amtsscheune positiv für die Gemeinde ausgegangen sind.

Umfahrung L138

Bezüglich des LKW-Durchfahrtsverbots auf der L38 und einer möglichen neuen Regelung fragte Herr Busse nach Neuigkeiten. Am 13.10. habe ein Gespräch mit dem Landrat stattgefunden. Die Landräte müssen nun eine Klärung herbeiführen. Der Landkreis LOS hat rechtliche Bedenken bezüglich einer möglichen Sperrung der Straße.

Ankauf von Teilfläche Frankfurter Straße 1

Das Fachamt teilt mit, dass sich der Grundstückseigentümer der Teilfläche bisher noch nicht geäußert habe.

Siedlerweg

Das Fachamt teilt mit, dass die Aufstellung eines Verkehrszeichens zur Tonnagebegrenzung beim Straßenverkehrsamt beantragt wurde. Vom Straßenverkehrsamt wird lediglich die Aufstellung eines Verkehrszeichens von der Zuwegung der L38 in Aussicht gestellt.

Friedhof

Frau Rosslau informiert vom Beschluss der Kirchengemeinde, dass der Friedhof an die Gemeinde abgegeben werden soll. Die damit verbundenen Kosten würden jedoch bei der Gemeinde bleiben. Das Amt und die Gemeinde haben momentan jedoch keine Kapazitäten, sich um die Übernahme des Friedhofes zu gewährleisten.

Antrag der Senioren

Frau Rosslau informiert über den Antrag der Senioren, einen Buchaustausch zu organisieren und ein Gartenhaus hinter der Amtsscheune aufzustellen. Die Gemeindevertreter zeigen sich grundsätzlich positiv gegenüber dem Projekt und bitten darum, dass die Senioren das Vorhaben in der nächsten Sitzung vorstellen.

Vorhänge Amtsscheune

Im Haushalt 2026 wurden Mittel für Vorhänge mit Verdunklungsfunktion im Saal der Amtsscheune eingeplant werden. Es wurde festgestellt, dass die Helligkeit tagsüber so hoch ist, dass die Beamerleinwand nicht gut sichtbar ist. Eine Diskussion über die Notwendigkeit und mögliche Alternativen, wie zum Beispiel Rollos, findet statt. Es wird ein Test mit der Leinwand erfolgen und eine Rücksprache mit dem Fachamt erfolgen.

Kommunale Teilhabe

Frau Rosslau informiert, dass die Gemeinde gemäß dem Energieportal Brandenburgs etwa 58.000 Euro erhalten könnte, wenn die Gemeinde die freiwilligen Leistungen bei den entsprechenden Firmen beantragt. Das Amt wird gebeten, diese Anfrage bei den Firmen zu stellen. Frau Bittelmann soll in der nächsten Sitzung über die Details informieren. Zudem wird das Amt gebeten, bei der UKA auch die gewünschte Schallmessung abzufragen.

Solaranlagen auf kommunalen Dachflächen

Die Möglichkeit für Solaranlagen auf kommunalen Flächen wird derzeit vom Amt geprüft und soll dann in der nächsten Bürgermeisterin-Sitzung vorgestellt werden.

Kommunale Wärmeplanung

Die kommunale Wärmeplanung stellt eine gesetzliche Verpflichtung dar, die für alle Kommunen in Deutschland bis zum Jahr 2027 umzusetzen ist. Diese Verpflichtung ergibt sich aus der Brandenburger Wärmeplanungsverordnung, die eine nachhaltige und zukunftsfähige Wärmeversorgung sicherstellen soll. Das Amt ist verpflichtet, die Planung durchzuführen, was eine umfassende Analyse der bestehenden Wärmeversorgung und der entsprechenden Infrastruktur erfordert. Ziel der Planung ist es, eine effiziente und umweltfreundliche Wärmeversorgung für die Kommune zu gewährleisten.

In der Sitzung wird betont, dass die Kosten für die Umsetzung der Wärmeplanung im Haushalt der Gemeinde eingeplant werden müssen. Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass es Fördermittel gibt, die für die Umsetzung der Wärmeplanung beantragt werden können. Diese Fördermittel sollen die Kosten abdecken.

In der Diskussion wird hinterfragt, was genau unter der "kommunalen Wärmeplanung" zu verstehen ist.

Für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern gibt es reduzierte Anforderungen an den Umfang der Planung. Das bedeutet, dass kleinere Gemeinden eine vereinfachte Version der Planung durchführen können, um den Aufwand und die Kosten zu minimieren.

Das Amt wird gebeten, den Inhalt und die Notwendigkeit dieser kommunalen Wärmeplanung für die Gemeinde näher zu erläutern, insbesondere in Hinblick auf die geplanten Maßnahmen und die spezifischen Vorgaben für kleinere Kommunen.

6. Beratung zum Haushalt 2026

Frau Schönfeld stellt die bisherige Haushaltsplanung für das Jahr 2026 vor und erläutert die wichtigsten Positionen anhand einer Präsentation. (Anlage) Im Anschluss beraten die Gemeindevertreter ausführlich über die eingestellten Mittel und deren Verteilung. Die offenen Fragen, die während der Diskussion aufkommen, wird die Kämmerei an die zuständigen Fachämter weiterleiten, um eine umfassende Klärung zu erhalten.

7. Sonstiges

Keine Informationen.



Sabine Rosslau

Vorsitzende

der Gemeindevertretung Treplin